

Antragsteller



Regionale Aktions Gruppe LEADER
WARTBURGREGION

RAG LEADER Wartburgregion e.V.
Trift 4
36433 Moorgrund/ OT Gumpelstadt

Werra-Ulster-Weser-Fonds im Wartburgkreis (Freistaat Thüringen)

Richtlinie zur Förderung der besonders von den Umweltauswirkungen betroffenen Standorte im hessisch-thüringischen Kaligebiet aus den Mitteln des Werra-Ulster-Weser-Fonds

Antrag auf Bewilligung einer Zuwendung

I. Antragstellerdaten

Art der Person:	<input type="checkbox"/> öffentlich rechtlich <input type="checkbox"/> privat - natürliche Person <input type="checkbox"/> juristische Person
Name/ Bezeichnung:	
Vorname (nur bei nat. Pers.):	
Straße und Hausnummer:	
Postfach:	
Postleitzahl:	
Ort:	
Telefon:	
E-Mail:	
Geburts-/Gründungsdatum:	
Geburtsort/Sitz:	
Name/Sitz der Bank:	
IBAN:	
BIC:	

II. Antragsgegenstand

Bezeichnung des Vorhabens:		
Projektadresse:		
Ortsteil:		
Realisierungszeitraum:	von	bis

Bitte reichen Sie eine **Projektbeschreibung** auf einem gesonderten Blatt ein; diese ist Bestandteil des Antrags. Die Beschreibung sollte max. 6 Seiten umfassen und mindestens folgende Punkte enthalten:

- Zuordnung zu mind. einem Ziel des Werra-Ulster-Weser-Fonds (der Richtlinie zu entnehmen)
- Projektziele
- Maßnahmenbeschreibung
- Bedeutung für die kommunale bzw. regionale Entwicklung
- Positive Auswirkungen auf Belastungsschwerpunkte durch Kalibergbau
- Modellhafter Charakter/ Innovationsgehalt (wenn gegeben)
- Mögliche Projektpartner

Beachten Sie hierbei auch das Anlagenblatt, welches notwendige Unterlagen für die Antragsteller aufzeigt.

III. Finanzierungsplan

1. geplante Gesamtausgaben		
– abzüglich nicht zuwendungsfähiger Leistungen		
2. voraussichtlich zuwendungsfähige Ausgaben		
3. beantragter Zuschuss zur Deckung der voraussichtlich zuwendungsfähigen Ausgaben		
davon im Jahr:	20...	
	20...	
4. die Eigenmittel zu den voraussichtlich zuwendungsfähigen Ausgaben betragen somit		

IV. Erklärung

Ich erkläre, dass

- mit der Durchführung des Projekts noch nicht begonnen wurde,
- ich meinen gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern und Abgaben nachgekommen bin,
- mir/uns kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist. Mir/uns ist bekannt, dass ich verpflichtet bin/wir verpflichtet sind, das unmittelbare Bestehen eines Insolvenzverfahrens unverzüglich mitzuteilen.
- wenn der Antragsteller ein Unternehmen ist, die beantragte Förderung den Vorgaben zu „De-minimis-Beihilfen“ unterliegt. Insofern ist mit dem Antrag die De-minimis-Erklärung beizufügen.
- ich für das beschriebene Vorhaben
 - vorsteuerabzugsberechtigt
 - teilweise vorsteuerabzugsberechtigt zu%
 - nicht vorsteuerabzugsberechtigt bin.

Mir ist bekannt, dass

- erst nach schriftlicher Förderzusage mit dem Projekt begonnen werden darf. Als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und/oder Leistungsvertrages zu werten, Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.
- der Zuwendungsgeber die in den vorstehenden Ziffern enthaltenen Tatsachen als nach dem Zuwendungszweck, den Rechtsvorschriften, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien über die Zuwendungsvergabe sowie den sonstigen Zuwendungsvoraussetzungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung erheblich ansieht und deswegen auf der Grundlage von § 2 Abs. 1 Subventionsgesetz i.V.m. § 1 des Thüringer Subventionsgesetzes als subventionserheblich i.S.d. § 264 Abs. 8 Nr. 1 StGB bezeichnet mit der Konsequenz, dass ich mich als Antragsteller und Zuwendungsempfänger wegen unrichtiger, unvollständiger oder unterlassener Angaben über diese subventionserheblichen Tatsachen wegen Subventionsbetruges nach § 264 StGB strafbar machen kann.
- ich verpflichtet bin, die Bewilligungsbehörde über die Änderung subventionserheblicher Tatsachen zu unterrichten. Vom Inhalt des § 264 StGB sowie den §§ 3 bis 5 Subventionsgesetz habe ich Kenntnis genommen.
- im Falle der Bewilligung die ANBest-P oder die ANBest-GK zu deren Bestandteil erklärt werden, dass die ANBest-P und die ANBest-GK unter ihrer jeweiligen Nr. 3 Verpflichtungen im Hinblick auf die Anwendung vergaberechtlicher Vorschriften enthalten und dass die Nichtbeachtung dieser Vorschriften eine Rückforderung und Verzinsung der Zuwendung zur Folge haben kann
- die allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) und die allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-GK) gelten
- die aus dem Antrag und Ergänzungen ersichtlichen Angaben/Daten von der bescheidenden Stelle (LRA) erfasst werden. Die Angaben sind erforderlich, um zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Gewährung der Fördermittel vorliegen. Die Datenerhebung, -speicherung und -verarbeitung erfolgt zum Zweck der Nachweisführung über die zweckentsprechende Verwendung der Fördermittel.
- kein Rechtsanspruch auf Förderung besteht. Die Bewilligungsbehörde prüft die Förderfähigkeit nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Die Hinweise über die Veröffentlichung von Förderdaten habe ich zur Kenntnis genommen.

.....
Ort, Datum

Name in Druckbuchstaben und rechtsgültige
Unterschrift Antragsteller

Anlagen

- Kostenberechnung (wenn Leistung auszusprechen ist)
- 3 vergleichbare Angebote
- Dokumentation zu Vergabeverfahren freiberuflicher Leistungen, z.B. Planungen (nur notwendig bei Vorhaben öffentlicher Antragsteller)
- aktuelle Bescheinigung in Steuersachen (nicht notwendig bei öffentlichen Antragstellern oder bei Beantragung auf Basis Nettokosten)
- Unternehmen, Vereine, Private: Nachweis der Eigenmittel (z.B. Kontoauszugskopien, Bankerklärungen zu Guthaben)
- Gebietskörperschaften: Stellungnahme der Kommunalaufsichtsbehörde (rechtsaufsichtliche Würdigung)
- Grundbuchauszug oder anderer geeigneter Nachweis der bestehenden Eigentumsverhältnisse bzw. langfristiger Nutzungsvertrag (bei Investitionen an Gebäuden bzw. Grund und Boden)
- Lageplan
- Handelsregister-/Vereinsregisterauszug (bei juristischen Personen des privaten Rechts)
- De-minimis-Erklärung mit Anlagen (nur bei Unternehmen als Antragsteller)
- Sonstige (Weitere Anlagen bitte auflühren)
 -
 -
 -